

Bern, 25. Februar 2010

Meinungsumfrage zur Entwicklungspolitik 2009

Kommentar von Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud,
*der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle,
Helvetas, Caritas und Heks*

Unsere Meinungsumfrage gibt seit 1984 alle fünf Jahre eine Momentaufnahme auf die Welt-sicht der Schweizer Bevölkerung, unter besonderer Berücksichtigung der Nord-Südverhält-nisse sowie der schweizerischen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit. Die geäusserten Meinungen spiegeln verschiedene Einflüsse: die jeweils prominenten welt- und innenpoliti-schen Ereignisse und den entsprechenden Mediendiskurs, die hiesige politische Stimmungs-lage, eigene Betroffenheiten (wirtschaftliche Unsicherheit in der globalisierten Weltwirtschaft, etc.), eigene Erfahrungen mit Entwicklungsländern (9 Prozent geben solche an) und das, was von den Verlautbarungen und Aktivitäten der Akteure der Entwicklungszusammenarbeit hän-gen bleibt. Hier ein paar Bemerkungen zu den wichtigsten Befunden aus der Sicht von Allian-ce Sud in Ergänzung zum Umfragebericht.

Grössere Indifferenz gegenüber globalen Konfliktquellen

(siehe die Grafiken 6 und 7 des Berichts)

Als wichtigste Konfliktquellen der Weltpolitik nennen die Befragten (1) das „Hungerproblem“¹ (53 %), (2) den „religiösen Fundamentalismus“ (45 %), (3) das „Bevölkerungswachstum“ (43 %) und (4) die „weltweiten Flüchtlingsströme“ (41 %). Alle vier besetzen seit Beginn der Befragung 1984 Spitzenränge. Der Hunger stand immer an erster Stelle.

Diese Themen besetzen unterschiedliche Betroffenheitsfelder zwischen den beiden Polen der Empathie für andere Menschen bis zu Bedrohungsgefühlen:

- Der Hunger zeugt von Empathie für die Benachteiligten der Welt.
- Das Bevölkerungswachstum wird als Ursache für verschiedene Weltprobleme erachtet – das kann von Hunger und Armut über die Umweltzerstörung bis zu einer Art Bedrohungs-gefühl gehen.
- Die „weltweiten Flüchtlingsströme“ stehen für zweierlei: Dass den Befragten die gewalt-samen Konflikte und die repressiven Regime bewusst sind, die solche erzeugen, oder dass sie einen Teil der Flüchtlinge als Asylbewerbende in der Schweiz erwarten, mit der bekannten, mehrheitlich abwehrenden Haltung.
- Der religiöse Fundamentalismus benennt schliesslich eine internationale politische Strö-mung, die als feindlich wahrgenommen wird.

¹ In Anführungszeichen steht der genaue Wortlaut aus dem Fragebogen. Dieser ist in den Grafiken des Berichts jeweils auf ein Wort verkürzt.

2009 fallen zwei Verschiebungen gegenüber den Vorjahren auf:

1. Zwei globale Konfliktquellen, die früher (mit Ausnahme von 1984) ebenfalls Spitzenplätze besetzten, sind 2009 deutlich abgefallen: „Arbeitslosigkeit“ und „Umweltzerstörung/Klimawandel“. Die (internationale) Arbeitslosigkeit ist nur noch einem knappen Drittel erwähnenswert. Im Sorgenbarometer der Schweiz, der im gleichen Zeitraum wie unsere Umfrage erhoben wurde, figuriert hingegen die (einheimische) Arbeitslosigkeit mit zwei Dritteln an erster Stelle der Sorgen. Umweltzerstörung/Klimawandel sind in unserer Umfrage 2009 nur noch einem guten Fünftel als globale Konfliktquelle erwähnenswert. Im Sorgenbarometer rangiert die Sorge um Umwelt/Klima, anders als die Arbeitslosigkeit, ebenfalls sehr tief (17 %).² Subjektives Empfinden und objektive Tatsachen bzw. Bedrohungen driften in beiden Fällen weit auseinander.

2. Gegenüber der letzten Umfrage 2004 herrscht so etwas wie Gelassenheit. Damals empfanden zwei Drittel oder mehr die „militärische Aufrüstung“ und die „Arroganz des Westens“ als Top-Konfliktquellen. 2009 sind dies nur noch ein Viertel oder weniger. Generell werden sämtliche Konfliktquellen tiefer gewichtet als 2004. Damals war der Krieg der „Koalition der Willigen“ gegen den Irak in vollem Gange. Die Umfrage 2009 fand hingegen wenige Monate nach der Wahl Barack Obamas in einem Umfeld deutlicher internationaler Entspannung statt. Standen die Zeichen der internationalen Politik 2004 auf Krieg, so 2009, trotz Weltwirtschaftskrise, auf Frieden. Dazu passt, dass ein „Waffenausfuhrverbot in Entwicklungsländer“ nur noch von 55 Prozent als sinnvolle Massnahme der schweizerischen Entwicklungspolitik betrachtet wird, während es zuvor immer zwischen 71 (1994) bis 87 Prozent (2004) gewesen sind (siehe Grafik 42).

Mildere Sicht auf die Globalisierung

(siehe die Grafiken 11, 12 und 13 des Berichts)

Auch die wirtschaftliche Globalisierung wird 2009 milder beurteilt als früher. Problematische Aspekte wie die „steigende Armut in den Industrieländern“, die „Massenarbeitslosigkeit“ oder die „internationale Konkurrenz um Arbeitsplätze“ heben nur noch ein Drittel der Befragten oder weniger hervor, während sie 1999 und 2004 immerhin rund die Hälfte der Befragten nannten. Dieselbe Schrumpfung erfährt auch die Problematisierung der „unkontrollierten weltweiten Finanzströme“, obwohl die Befragten gerade die schwerste Finanzkrise seit 1929 miterlebten. Trotzdem wird die Globalisierung nicht positiver als früher gesehen: Nach wie vor glauben nur rund 10 Prozent, dass sie allen Ländern nützt.

Zum Resultat haben unseres Erachtens drei Faktoren beigetragen:

Erstens gibt es heute – im Unterschied zur ersten Hälfte des Jahrzehnts – um die Globalisierung international und national deutlich geringere Kontroversen.

Zweitens gehört die Schweiz zu den herausragenden Globalisierungsgewinnern, deren Unternehmen erfolgreich Nischen des Weltmarkts besetzen – die Unsicherheiten, die es darüber in den neunziger Jahren noch gab, nicht zuletzt durch das Abseitsstehen von der EU, haben sich mittlerweile gelegt.

² Sorgenbarometer 2009: http://www.soziotrends.ch/pub/Sorgenbarometer_2009.pdf

Drittens werden wahrscheinlich auch einige grosse Schwellenländer wie etwa China als Gewinner der Globalisierung angesehen, wie es ja auch dem öffentlichen Diskurs entspricht. Die Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse der letzten zehn Jahre – mehr wirtschaftliches Gewicht für Ost- und Südasiens, relativ kleineres Gewicht der Industrieländer – schlägt sich auch in der Umfrage 2009 nieder. Entsprechend sehen heute mehr Befragte die Entwicklungsländer als Gewinner der Globalisierung: Ihr Anteil ist von 9 Prozent 1999 auf 20 Prozent 2009 gestiegen (siehe Grafik 13). Das ist natürlich eine kleine Minderheit, die aber Zulauf erhalten hat.

Weniger Verantwortungsempfinden für die Lage der Entwicklungsländer

Die Folge davon ist, dass weniger Befragte als auch schon eine Mitverantwortung der Industrieländer für die Lage der Entwicklungsländer empfinden. So nennt nur noch ein Drittel der Befragten den „Wohlstandsgraben zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“ als Problem der globalisierten Weltwirtschaft. 1999 und 2004 waren es noch mehr als die Hälfte (Grafik 12). Den Nord-Süd-Graben als Konfliktquelle der Weltpolitik nennt sogar nur noch ein Fünftel, 2004 war es noch fast die Hälfte (Grafik 7). Dass die Entwicklungsländer von den Industrieländern „ausgebeutet“ werden, glaubt noch ein Drittel, 1999 und 2004 waren es 55 bis 60 Prozent (Grafik 8). Dazu passen die Resultate auf die Fragen, was am meisten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern beitragen könnte. 1994 hielt noch die Hälfte der Befragten „neue weltwirtschaftliche Spielregeln“³ für nötig, während ein Drittel „politische und wirtschaftliche Reformen im Süden“⁴ nannte. Die Verhältnisse haben sich seither umkehrt: Die Hälfte nennt heute Reformen im Süden an erster Stelle, während Veränderungen der weltwirtschaftlichen Spielregeln nur noch einem Drittel nahe liegen (Grafik 24). Es geht hier nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen: Aus entwicklungspolitischer Sicht sind sowohl Reformen im Süden wie auch geänderte weltwirtschaftliche Spielregeln nötig. Letzteres können die Industrieländer jedoch selber beeinflussen, denn sie haben diese Regeln geschaffen.

Bei einer auf die Schweiz zugespierten Fragestellung zum gleichen Problem kommt ein etwas anderes Resultat heraus: Seit 1999 befürworten etwas über 60 Prozent, die Schweiz solle „einen konstruktiven Beitrag zur Veränderung der Strukturen der Weltwirtschaft“ leisten (Grafik 28). Wir verstehen dies so, dass weltwirtschaftliche Spielregeln den Befragten weniger entscheidend für die Problemlösung der Entwicklungsländer scheinen als Reformen im Süden selbst, dass sie aber trotzdem einen Beitrag der Schweiz zur Veränderung der weltwirtschaftlichen Spielregeln begrüßen.

Solidarität mit den Ärmsten und globale Schicksalsgemeinschaft

Auch wenn die Befragten die Verantwortung der Industrieländer für die Entwicklungsländer heute weniger gewichten, bleibt ihre Zustimmung zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit hoch. Ja, der Anteil derjenigen, die eine Erhöhung des Budgets befürworten, hat sich sogar von 20 Prozent 1999 auf 30 Prozent 2009 erhöht (Grafik 37), obwohl in den letzten fünf Jahren eine heftige Kontroverse über Sinn und Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit

³ In der Frage werden explizit „bessere Rohstoffpreise, weniger Exportsubventionen und weniger Exportschutz“ erwähnt.

⁴ Hier werden als Beispiel „Agrarreformen“ und „Kampf der Korruption“ genannt.

stattgefunden hat und obwohl die Höhe der Ausgaben massiv überschätzt wird (Grafiken 31 und 32). Das Hauptmotiv für Entwicklungszusammenarbeit bleibt seit der ersten Befragung 1984 die „Solidarität mit den Mitmenschen“, zu dem sich immer drei Viertel oder mehr bekannten (Grafik 23).

Zwischen der Verantwortung für die Entwicklungsländer und derjenigen für krass benachteiligte Mitmenschen der Welt wird also stärker unterschieden als auch schon. Das scheint nur logisch, wenn sich das Bild der Entwicklungsländer ausdifferenziert, wie dies in den letzten zehn Jahren dank der die Industrialisierungserfolge einzelner Schwellenländer der Fall war: Der Begriff der Entwicklungsländer ist je länger, je weniger einfach ein Synonym für bitterste Armut.

Weitere Motive für Entwicklungszusammenarbeit wie etwa „den Raubbau an der Natur können wir nur gemeinsam bremsen“ oder „den armen Ländern soll bei den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel geholfen“ werden, haben ebenfalls hohe Zustimmungsraten um die 75 Prozent (Grafik 23). Ein gewisses Bewusstsein, dass die Welt trotz aller Gegensätze und Konflikte auch eine globale Schicksalsgemeinschaft ist, ist vorhanden.

Entwicklungshilfe: Auch für uns?

Seit wir die Befragung durchführen, meinen zwischen 50 bis 60 Prozent, man sollte die Gelder der Entwicklungszusammenarbeit „zum Teil“ für „Bedürftige“ im Inland einsetzen. Eine Minderheit plädiert bei dieser Frage sogar dafür, das Entwicklungsbudget ganz in der Schweiz auszugeben. Der Anteil derjenigen, die die Entwicklungsgelder teilweise oder vollständig im Inland einsetzen wollen, ist seit 1984 von 60 auf 80 Prozent gestiegen (Grafik 39). Diese Antworten sind einigermassen paradox und lassen mehrfache Interpretationen zu. Sicher wollen viele, dass nicht nur den Armen im Ausland, sondern auch denjenigen im Inland geholfen wird. Dann gibt es die Minderheit, welche die Entwicklungszusammenarbeit eher ablehnt. Erstaunlich bleibt jedoch, dass einer grossen Mehrheit bei dieser Frage nicht bewusst ist, wie viel die Schweiz aufwendet und unternimmt, um krasse Armut im Inland zu bekämpfen. Von jedem 100 Franken, welche die Schweiz erwirtschaftet, gehen über 30 Franken in Sozialversicherungen und Sozialfürsorge, während lediglich 40 Rappen für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben werden. Objektiv kann man kaum von einem Missverhältnis reden.

Ambivalenzen dieser Art zeigen sich auch bei anderen Fragen. Eine steigende Minderheit ist der Ansicht, die Entwicklungszusammenarbeit sollte auch der Schweiz nützen und sich zum Beispiel im Kauf von Gütern schweizerischer Unternehmen niederschlagen. 1999 waren 22 Prozent dieser Meinung, 2009 31 Prozent. Die prononcierte Gegenmeinung, dass Entwicklungszusammenarbeit den Nutzen der Entwicklungsländer fördern soll, „unabhängig von schweizerischen Wirtschaftsinteressen“, verliert dagegen an Boden. 1999 waren noch 43 Prozent dieser Ansicht, 2009 28 Prozent (Grafik 40). Diese Meinungsverschiebung steht konträr zur realen Politik der Geberländer im Rahmen der OECD. Diese sind seit Ende der 1990er-Jahre daran, ihre Entwicklungshilfe von Bezugsverpflichtungen bei den eigenen Unternehmen zu „entbinden“, weil sie erkannt haben, dass die Lieferbindung die Hilfe verteuert und ihren volkswirtschaftlichen Nutzen im Empfängerland drastisch schmälert. Die Schweiz hat ihre Hilfe schon vorher weitgehend „entbunden“.

Weitere Informationen: Peter Niggli, Tel. 079 262 69 27